



# Anfrage

Vorlage: <b>AF/0057/2024</b>		Datum: 31.10.2024	
Verfasser:	04-Ratsfraktion AfD	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Reaktion der Stadt Koblenz auf die Veröffentlichung der unzensierten RKI-Dokumente</b>			
Gremienweg:			
14.11.2024	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE
			abgesetzt
			geändert

## Anfrage:

Die Aufarbeitung der Corona-Jahre befindet sich noch im Anfangsstadium, ist jüngst jedoch durch die Enthüllung bislang geheim gehaltener Dokumente signifikant vorangeschritten und erneut in den Fokus des öffentlichen Diskurses gerückt. Am 23. Juli wurden die Protokolle des Covid-19-Krisenstabs des Robert Koch Instituts (RKI) unzensiert veröffentlicht. Die dokumentierten Einschätzungen belegen, dass entscheidende Maßnahmen nicht evidenzbasiert, sondern politisch verhängt wurden. Im Folgenden seien einige Aussagen zitiert:

- \* „(...) es gibt keine Evidenz für die Nutzung von FFP2-Masken außerhalb des Arbeitsschutzes, dies könnte auch für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. (Protokoll vom 20.10.2020).
- \* „Es ist ungünstig und gefährlich, wenn Masken von Laien benutzt werden.“ (Protokoll vom 16.11.2020)
- \* „Schulen sind eher nicht die treibenden Quellen und Schulschließungen würden die Lage wohl noch eher verschärfen (...).“ (Protokoll vom 30.11.2020)
- \* „Empfehlungen zu Booster stellen sich als komplex dar (...) v.a. von Politik und Pfizer gefordert (...). (Protokoll vom 30.07.2021)
- \* „In den Medien wird von einer Pandemie der Ungeimpften gesprochen. Aus fachlicher Sicht nicht korrekt, Gesamtbevölkerung trägt bei.“ (Protokoll vom 05.11.2021)

Die Koblenzer Stadtverwaltung hat viele freiheitseinschränkende Maßnahmen nicht nur umgesetzt, sondern stellenweise auch in voreilem Gehorsam gefordert. Es ist angesichts der Protokolle dringender denn je, die politischen Entscheidungen auch auf kommunaler Ebene ehrlich und vollumfänglich aufzuarbeiten.

Wir bitten daher um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie bewerten die Stadtverwaltung und insbesondere das Gesundheitsamt angesichts der Erkenntnisse aus den RKI-Protokollen ...
  - a) die Maskenpflicht in Teilbereichen der Innenstadt sowie auf den Wochenmärkten der Stadtteile?
  - b) die (FFP2-)Maskenpflicht in vielen Bereichen der Koblenzer Stadtverwaltung?
  - c) die „2G-Regel“ bei städtischen Veranstaltungen, für Freizeitangebote der Stadt und den Weihnachtsmarkt?
  - d) die städtische Impfkampagne mit Impfbussen, Impfzentren sowie der entsprechenden

Plakatkampagne?

e) das strenge Maßnahmen-Regime in den städtischen Schulen und Kindertagesstätten?

f) die zahlreichen Verbote von Demonstrationen und öffentlichen Kundgebungen in Verbindung mit den verhängten Ordnungsmaßnahmen?

2. Welche Vorkehrungen veranlasst die Stadtverwaltung, um zu gewährleisten, dass gesundheitspolitische Maßnahmen, die sie gegenwärtig und zukünftig befolgt oder selbst verhängt, wirklich evidenzbasiert sind?
3. Welche Initiativen zur Aufarbeitung der Corona-Zeit (e.g. unabhängige Untersuchungskommission) gedenkt die Stadt vor dem Horizont der jüngsten Erkenntnisse einzuleiten?

**Auswirkungen auf den Klimaschutz: -**

**Finanzielle Auswirkungen: -**